

Horst Debusmann  
Otto-Hahn-Straße 7

Heusenstamm, den 18.01.2014  
Telefon: (06104) 6 76 17  
e-Mail: HD-63150@t-online.de

Nachtrag: 27.01.2014  
frei gegeben für die Veröffentlichung im Internet

Horst Debusmann | Otto-Hahn-Straße 7 | 63150 Heusenstamm

---

Herrn  
Prof. Dr. Lauterbach MdB  
Gesundheitsexperte der SPD Fraktion  
Platz der Republik 1

**11011 Berlin**

Betreff: **Betriebliche Altersvorsorge – Minusgeschäft für viele Rentner**

Bezug: ARD Sendung PlusMinus am 15.01.2014

[http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_a-z/432744\\_plusminus/19112260\\_-die-sendung-vom-15-januar-2014-](http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/432744_plusminus/19112260_-die-sendung-vom-15-januar-2014-)

#### **Kommentare in der Sendung:**

**Ulrich Birk, Bamberger Professor für Sozialrecht**, prangert in der ARD-Sendung „Plusminus“ an, dass bei der Rentenauszahlung der betrieblichen Altersvorsorge Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge fällig werden.

*„Die Rendite wird aufgefressen durch nachträgliche Abzüge in der Auszahlungsphase. Das ist eine nachträgliche Entwertung von Sparvorgängen. Das halte ich auch für skandalös, der Gesetzgeber ist zum Handeln aufgefordert und muss diese Fehlentwicklung zurücknehmen.“*

#### **Annelie Buntenbach vom DGB Bundesvorstand sagte:**

*„Gewerkschaften und Sozialverbände sehen einen riesigen Vertrauensverlust in die Politik. Das die Gerichte gesprochen haben, kann ja nicht den Gesetzgeber aus der Verantwortung entlassen. Wenn die Koalitionsparteien sagen, sie wollen die betriebliche Alterssicherung attraktiver machen, dann müssen sie hier ansetzen und die Ungerechtigkeit beseitigen.“*

#### **Ulrike Mascher, Präsidentin beim VdK Deutschland erklärt:**

*„Und das ist für mich so ein Punkt, wo gute Politik sich das noch mal anguckt und sagt: Nein, das wollen wir so nicht haben, das ändern wir. Im Interesse eines übergeordneten Vertrauensschutzes machen wir hier jetzt eine andere Regelung, die den Versicherten zu Gute kommt.“*

### **Mein Kommentar zur Sendung:**

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz ist ein nicht hinnehmbarer Schildbürgerstreich und bestraft Bürger, die mit eigener Vorsorge dem Staat nicht zur Last fallen wollten !!!

### **Kommentar zur Aussage von Herrn Prof. Birk:**

Der Auszahlungsbetrag nach Ablauf der Versicherung war bei den meisten Direktversicherungen von vornherein bei Vertragsabschluss eine rechtsverbindlich vereinbarte

- \* Kapitalzahlung als Einmalzahlung  
(Rentenwahlrecht war von vornherein ausgeschlossen) und damit
- \* keine wiederkehrende Zahlung nach GMG, Artikel 1 Nr. 143 und damit
- \* keine der Rente vergleichbare Zahlung nach § 229 SGB V und damit
- \* keine beitragspflichtige Einnahme nach § 237 SGB V und auch
- \* kein Versorgungsbezug nach der Definition des Gesetzgebers.  
Siehe BSG-Urteil 12 RK 36/84 vom 18.12.1984 sowie BVerfGE zu 1 BvR 1660/08 vom 28.09.2010 in Randnr. 8, zweiter Satz.

Wenn man das GMG genau liest, heißt es darin:

„Die Direktversicherung **kann** eine Form der Betriebsrente sein“. Es heißt nicht:  
„Die Direktversicherung ist eine Betriebsrente“.

Diese Version wurde erst durch die Krankenkassen hinein interpretiert, und die Justiz hat in rechtswidriger Weise den Krankenkassen die Auslegung des Gesetzes überlassen.

Wie man sieht, mit verheerenden Folgen für Millionen von Rentnern, die vom Gesetzgeber, also von unseren gewählten Volksvertretern um ihre Ersparnisse betrogen wurden.

Die Justiz hat anscheinend auch in den vielen Prozessen, die wegen dieses Gesetzes geführt wurden, nie den exakten Gesetzestext hinterfragt, sondern diese Auslegung grundsätzlich als gesetzeskonform betrachtet. Die Krankenkassen hätten jeden Fall prüfen müssen, ob es sich bei der jeweiligen Direktversicherung tatsächlich um eine Betriebsrente **oder nur um eine Lebensversicherung mit Steuervorteil handelt**.

Aber die Krankenkassen versuchten ja auch bei Direktversicherungen, die später auf den Versicherungsnehmer umgeschrieben und privat weiter bezahlt wurden, abzukassieren!

Im Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz (GMG)), verkündet im Bundesgesetzblatt vom 19. November 2003, ist die entsprechende Vorschrift im Krankenversicherungsrecht (§ 229 SGB V) angesichts des großen Umfangs des Gesetzes sehr versteckt geändert worden. In dem vorangegangenen Gesetzgebungsverfahren hatte es zu diesem Punkt weder eine Anhörung noch eine Debatte im Bundestag gegeben. Auch hatte der GDV keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten.

**Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach,**

**in der ARD Sendung „PlusMinus“ gaben Sie in Ihrer Eigenschaft als Gesundheitsexperte der SPD folgenden Kommentar ab:**

*„Ich warne davor (\*\*\*) jetzt anzufangen, Flickschusterei zu betreiben, denn sie lösen damit hier ein Problem, aber sie schaffen an anderer Stelle ein Problem:*

*Wie gehen wir mit den Beiträgen um, die wir dann nicht mehr haben.*

**Wer soll die dann bezahlen?"** ... „Satte 2,5 Milliarden Euro wären das.“

Kurze Antwort hierzu:

- 1) Der Logik nach nicht die Bürger, die von der Politik erst animiert wurden „Die Rente reicht nicht, tut was für eure Altvorsorge“, um dann nach Auszahlung ihrer zu 100% erbrachten Eigenleistung mit rückwirkendem Vertragsbruch durch den Gesetzgeber für ihre Gutgläubigkeit bestraft zu werden.

Der Begriff „**Betriebliche** Altersvorsorge“ wird vom Gesetzgeber – und leider auch vom Bundesverfassungsgericht – bewusst (!) falsch ausgelegt.

**Nicht: Wer ist Vertragsinhaber, (... das ist die eigentliche Fehlkonstruktion)**

**sondern: Wer hat die Beiträge bezahlt**

ist die einzig richtige, und auch gerechte Definition.

Bei der Auszahlung einer Direktversicherung handelt es sich nicht um neues Einkommen, auch nicht um neue Einnahmen, sondern um die zeitversetzte Auszahlung früherer Einkommen/Einnahmen, die zum Zeitpunkt des Zuflusses mit der Lohn- und Gehaltsabrechnung der Steuer- und Sozialversicherungspflicht unterlagen! → ... ###

Diese Auszahlung mit einer der Betriebsrente vergleichbaren Einnahme (Versorgungsbezug) gleich zu setzen, ist absurd und entspricht einem politisch gewollten Willkürakt.

- 2) Die Gesetzlichen Krankenkassen haben derzeit einen Überschuss von 30 Milliarden Euro, da wären 2,5 Milliarden Euro „Peanuts“, um mit den Worten von Hilmar Kopper (ehemaliger Vorstand der Deutschen Bank) zu sprechen.

- 3) „*Wie gehen wir mit den Beiträgen um, die wir dann nicht mehr haben?*“

Mit dieser Gegenfrage nutzen Sie bewusst und schamlos Menschen aus, um die vermeintlichen Löcher in der GKV zu stopfen und machen selbst vor einer doppelten Verbeitragung nicht halt.

Wo ist der Beitrag der Menschen, die nicht gespart, sondern ihr Geld verlebt haben und im späten Rentenalter dann der Sozialhilfe zur Last fallen? Beispiele hierzu kenne ich zuhauf.

- 4) Der Begriff „**Flickschusterei**“ konnte von Ihnen nicht treffender gewählt werden.

Ich behaupte:

Die meisten Abgeordneten waren inhaltlich nicht informiert, worüber sie abgestimmt hatten. Beweis: BT-DS 15/2472 der FDP vom 11.02.2004, dort die gesamte Führungsriege.

Und bei den anderen Parteien war es mit Sicherheit auch nicht anders.

Rückblick:

Mit Datum vom 11.02.2004 wurde in der BT-Drucksache 15/2472 gefordert:

„Zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge bei Versorgungsbezügen durch das GKV-Modernisierungsgesetz rückgängig machen.“

Die Begründungen hierzu konnten nicht besser formuliert werden.

In der Beschlussempfehlung vom 02.12.2004 (BT-Drucksache 15/4451) wurde dann auch von Ihnen vorgenannter Antrag abgelehnt, obwohl es am Ende noch einmal eindringlich heißt:

*„Die Mitglieder der Fraktion der FDP erklärten, dass die volle Beitragserhebung auf Betriebsrenten, Versorgungsbezüge und Direktversicherungen eine kalte Enteignung vieler, die für das Alter vorgesorgt hätten, sei. Dies sei besonders bedauerlich, weil seit vielen Jahren bekannt sei, dass die umlagefinanzierte Rente allein in Zukunft nicht ausreichen werde. Dem daraus folgenden Aufruf der Politik, verstärkt zusätzliche Altersvorsorge zu betreiben, seien Millionen von Bürgern gefolgt, indem sie Teile ihres Einkommens in Betriebsrenten und Direktversicherungen eingezahlt hätten.*

***Diese Personen hätten daran geglaubt, dass in Deutschland Recht Recht bleibe und sich darauf verlassen, dass nicht der volle Beitrag auf derartige Einkommen erhoben werde. Damit sei von den Koalitionsfraktionen und der Unionsfraktion in den Vertrauensschutz eingegriffen worden. Dieser Eingriff sei ohne Vorwarnung, ohne Übergangsregelung und ohne ein schlüssiges Gesamtkonzept, welche finanziellen Lasten Rentnern insgesamt zumutbar seien, erfolgt.***

In den Folgejahren wurden Sie, wurde Ihre Partei von vielen Betroffenen angeschrieben. Sie waren also bestens informiert, welche Not Sie mit dem GMG über viele Menschen gebracht haben, die 20 und mehr Jahre bei Konsumverzicht zu Lasten der Familie die Beiträge **ohne Arbeitgeberanteil** ausschließlich aus dem ... ### → **Nettoeinkommen** (bei meiner Frau infolge Insolvenz des Arbeitgebers weiter bezahlt aus dem **Arbeitslosengeld (!)**, danach aus der bereits geminderten **BfA-Rente !!**) bezahlt haben mit dem Ziel einer selbst finanzierten, ergänzenden Altersvorsorge. Viele hatten bei Fälligkeit eingeplant, um Schulden zu bezahlen.

Und dann kommt Ihre Partei und deklariert die eigenen Ersparnisse als eine der Betriebsrente vergleichbare Einnahme (!) mit der Maßgabe, **von der Auszahlungsumme erneut**, jetzt über 10 Jahre verteilt ca. 17,5% (hier zusätzlich auch der Arbeitgeberanteil) an die Gesetzliche Krankenkasse zu bezahlen.

**Vertragsbruch wurde in unserem Rechtsstaat hoffähig.**

**Statt erhoffter Altersvorsorge eine vom Staat sogar rückwirkend auf Altverträge verordnete Kapitalvernichtung.**

**Bestands- und Vertrauensschutz wurden mit Füßen getreten.**

Zur Erinnerung:

Privat Versicherte sind davon nicht betroffen.

Auch nicht Arbeitnehmer, für die der Arbeitgeber **zusätzlich zum Gehalt** Beiträge in eine auf den Namen des Arbeitnehmers lautende Lebensversicherung abgeschlossen hat.

Siehe Bundessozialgericht vom 05.05.2010, AZ: B 12 KR 15/09 R - K. ./ DAK.

Hier zeigt sich überdeutlich der eklatante Widerspruch zum Gleichheitsgebot des Grundgesetzes.

Nach Kenntnis des Sachverhaltes ...

*„Allein der Umstand, dass eine Leistung der Altersversorgung dient, was bei Kapitallebensversicherungen regelmäßig der Fall sein dürfte, rechtfertigt es nicht, diese Leistung als betriebliche Altersversorgung anzusehen“*

und der Tatsache, daß der Kläger bewußt die Solidargemeinschaft verlassen hatte, und nach dem 01.01.2004 mit einer Auszahlungssumme von über 400.000 €

a) laut BSG-Urteil **keine** 16,85% (heute ca. 17,5%) an die GKV abführen muß und

b) trotz Mindestbeitrag weiter Nutznießer der GKV bleibt (also die Solidargemeinschaft doppelt schädigt),

ist dies ein Schlag ins Gesicht derer, die jetzt um dieses Recht kämpfen müssen.

Wir Bürger (oft Ihre ehemaligen Wähler) konnten aus vorgenannten Gründen vor den beiden letzten BT-Wahlen dann nur noch vor einer SPD warnen (\*\*\*) , für die

**Vertrauensschutz** (Mörder und Kinderschändern wird dies vom BVerfG zugestanden!) und **Bestandsschutz** zur Handelsware verkommen sind.

Interessante Hinweise zum Thema „**Bestandsschutz**“ findet man bei:

[http://www.welt.de/wirtschaft/article123662417/Gutachten-zerstoert-Hoffnung-auf-sinkende-Strompreise.html#disqus\\_thread](http://www.welt.de/wirtschaft/article123662417/Gutachten-zerstoert-Hoffnung-auf-sinkende-Strompreise.html#disqus_thread)

**Das im Grundgesetz angelegte Prinzip des „Bestandsschutzes“ verbietet es der Politik, in das bestehende Gesetz rückwirkend einzugreifen !!!**

Investoren, also Menschen, die als Kapitalgeber Geld für die erneuerbaren Energien übrig haben erhalten von der Politik 20 Jahre Bestandsschutz (der Blick in die monatliche Stromrechnung zeigt die ganze Dimension dieser für Stromkunden unglaublichen, z.T. erdrückenden Belastung)

**Arbeitnehmern aber, die 20 Jahre lang von ihrem Nettoeinkommen Geldbeträge am Munde abgespart für ihren Lebensabend investiert haben, wird dies von der Politik jedoch verweigert !!!**

Das sind politische Entscheidungen, die kein vernünftig denkender Mensch mehr versteht und die Wähler wütend macht.

Aber auch hochrangige Politiker (Frau Dr. Merkel, Dr. Schäuble u.a.) reklamieren für sich Vertragstreue, fordern diese vehement von Anderen, behandeln Inhaber einer Direktversicherung jedoch wie unmündige Bürger, in dem sie deren Rechte per Gesetz aberkennen!

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach,

selbst **pacta sunt servanda** (Verträge sind einzuhalten) ist der SPD nicht mehr heilig. Siehe hierzu Anhang „Kernaussagen von Mitgliedern der Bundesregierung“ sowie die Klarstellung Ihres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hubertus Heil mit Bezug auf dessen Aussage am 12.12.2013 in der Fernsehsendung Maybritt Illner ... „**Verträge sind einzuhalten**“.

Welches Doppelspiel betreibt hier Ihre Partei?

Die SPD ist schon lange nicht mehr die Partei ihrer Gründerjahre mit dem Anspruch, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Heute bestimmen bei ihnen die Lobbyisten auf Kosten der Arbeitnehmer. Dies spiegelt sich in den beiden letzten BT-Wahlen mit sehr schlechten Wahlergebnissen für die SPD wider. Solange es bei Ihnen keine Einsicht gibt, dieses gen Himmel schreiende Unrecht

– **Gewinner sind** Arbeitgeber, Versicherungen und die Krankenkassen,

– **Verlierer sind** gutgläubige Menschen, die den Empfehlungen des Staates gefolgt waren zu korrigieren, werden Millionen frustrierte Bürger mit monatlicher Erinnerung an die **kalte Enteignung** weiterhin bundesweit auf diesen Skandal hinweisen. Die SPD hat es in der Hand, durch eine längst überfällige Korrektur im Gesundheitsmodernisierungsgesetz verloren gegangenes Vertrauen bei ihren Wählern wieder herzustellen. Dies ist auch eine Frage der Moral.

Ein Blick zur CDU:

Wenn man jetzt in der WAZ vom 28.11.2013 liest, Fraktionschef Karl-Josef Laumann (Bundesvorsitzender der CDA-Arbeitnehmer!) ist nach den Koalitionsverhandlungen früh aus Berlin eingeflogen und redet zur Protest-Versammlung ... Der Soli ...

„**Da triumphiert der Wahnsinn**“, ...

„**wer spart, wird um die Früchte seiner Arbeit gebracht**“,

da muss man an der Argumentations-Willkür unserer Politiker verzweifeln. Damit wird auch der letzte Funke an Vertrauen in politische Glaubwürdigkeit zerstört. Die hohe Zahl der Nichtwähler resultiert daraus.

Mit Bezug auf die Politikverdrossenheit hat Bundespräsident Gauck in seiner Antrittsrede am 23.03.2012 ganz bewusst Folgendes gesagt:

– *„Umgekehrt ist das Bemühen um Gerechtigkeit unerlässlich für die Bewahrung der Freiheit. Wenn die Zahl der Menschen wächst, die den Eindruck haben, ihr Staat meine es mit dem Bekenntnis zu einer gerechten Ordnung der Gesellschaft nicht ernst, sinkt das Vertrauen in die Demokratie.“*

– *„Mir macht allerdings auch die Distanz vieler Bürgerinnen und Bürger zu den demokratischen Institutionen Angst, die geringe Wahlbeteiligung, auch die Geringschätzung oder gar Verachtung von politischem Engagement, von Politik und Politikern.“*

**Ein Plädoyer für Bürger, die vom Gesetzgeber kalt enteignet wurden!**

Mit Bezug auf die am 26. April 1997 von Roman Herzog im Hotel Adlon gehaltene Rede ...  
„Durch Deutschland muß ein Ruck gehen“

<http://www.stern.de/politik/deutschland/roman-herzog-durch-deutschland-muss-ein-ruck-gehen-521364.html>

leite ich 17 Jahre später den Wunsch ab „**Durch unsere Politiker muss ein Ruck gehen**“, Gesetze mit Logik (!) und gesundem Menschenverstand (!) auf den Weg zu bringen, vor allem auch in Anlehnung an die Erkenntnis unseres letzten Bundespräsidenten, Herrn Christian Wulff am 22.12.2011:

„**Nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig**“

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article2136379/Wulff-Nicht-alles-was-juristisch-rechtens-ist-ist-auch-richtig.html>

**Es geht um nichts Geringeres als um die politische Glaubwürdigkeit sowie Gerechtigkeit, Verlässlichkeit, Vertrauensschutz, Vertragstreue, Gleichbehandlung!**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lauterbach,

bitte diskutieren Sie ernsthaft vorgenannte Fakten in Ihrer Partei, aber handeln Sie bitte nicht nach dem Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“.

Bitte verweisen Sie auch nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit deren Feststellung, „... *das ist zumutbar, das hat keine erdrosselnde Wirkung.*“

Für Richter mit Gehaltsstufen > 8000 Euro mag das keine erdrosselnde Wirkung haben, für viele Rentner mit ca. 800 Euro monatlich mit Sicherheit JA!

Die Glaubwürdigkeit der SPD in eine vertrauenswürdige, vor allem aber verlässliche Politik steht auf dem Spiel, insbesondere jeden Monat weitere Direktversicherungsverträge zur Auszahlung kommen und die Betroffenen aus allen Wolken fallen. Auch diese werden nie mehr SPD wählen, es sei denn es gibt einen Umdenkungsprozess in ihrer Partei.

Bitte prüfen Sie Ihr Gewissen, ob Sie diese gen Himmel schreiende Ungerechtigkeit fortschreiben wollen, oder in Ihrer Partei die Erkenntnis reift, diesen Schildbürgerstreich wieder aus der Welt zu schaffen.

Für eine Antwort dankend,  
verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

*Horst Debusmann*

z.K. an

- ARD, Redaktionsteam PlusMinus
- DGB, Frau Bundenbach
- VdK, Frau Mascher
- SPD Bundesvorstand, Berlin
- bundesweiter AK „GMG Geschädigte DV-Versicherte“

Anhang (diese finden Sie zur jeweiligen eMail)

- Kernaussagen von Mitgliedern der Bundesregierung
- 131216\_Götzl an SPD\_Heil,Hubertus,Aussage in Maybrit Illner
- Leserbriefe (Überschriften Seite 8)

Jeder einzelne Leserbrief / Kommentar / Artikel in der Offenbach Post kann jederzeit zur Verfügung gestellt werden.

110412\_OP\_Chef der KV saht ab.jpg  
120214\_OP\_Milliarden auf der hohen Kante.jpg  
120302\_OP\_Kassen mit Riesenpolster.jpg  
120308\_OP\_Kassenchefs bekamen 23,6 Mio.jpg  
120308\_OP\_Rekordreserve der GKV.pdf  
120319\_OP\_Demokratie braucht auch Vertrauen.jpg  
120612\_OP\_Politik zerstört Lebensqualität.html  
120618\_OP\_Raubbau am Wertesystem.pdf  
120622\_OP\_Sekt und Selters bei der Altersversorgung.jpg  
120710\_OP\_Überschüsse der Kassen.jpg  
121005\_OP\_Private Alterssicherung bröckelt.jpg  
121029\_OP\_Miese Erfahrung bei Altersvorsorge.jpg  
121109\_OP\_Wähler fühlen sich ab der Nase herum geführt.jpg  
121121\_OP\_Vertrauen in Politiker auf Tiefpunkt.jpg  
121130\_OP\_Wortbruch mit Methode.jpg  
130308\_OP\_Kassen mit Rekordreserve.jpg  
130322\_OP\_Vorsorge wieder einkassiert.jpg  
130323\_OP\_Versicherte werden für Vorsorge bestraft.jpg  
130325\_OP\_Politik vertritt Konzerne.jpg  
130402\_OP\_Partei der Nichtwähler die größte.jpg  
130403\_OP\_Westerwelle fordert Gerechtigkeit.jpg  
130406\_OP\_Altersvorsorge\_Enteignung auf Deutsch.jpg  
130429\_OP\_Gefährliche Frustration.jpg  
130501\_OP\_Zu selten Altersvorsorge.jpg  
130504\_OP\_Zu Lasten des Volkes.jpg  
130521\_OP\_Absurde Politik bei Vorsorge.jpg  
130628\_OP\_Wer Vorsorge betrieben hat, wird nun bestraft.jpg  
130709\_OP\_Teure Hypothek\_Bestandsschutz.jpg (zum EEG)  
130715\_OP\_Zunehmendes Misstrauen.jpg  
130819\_OP\_Enteignung der Rentner.jpg  
131015\_OP\_Im Alter drohen leere Taschen.rtd  
131019\_OP\_Krise der Altersvorsorge.jpg  
131028\_OP\_Altersarmut durch Vertragsbruch.jpg  
131209\_OP\_Die Senioren werden betrogen.jpg  
131223\_OP\_Auf Kosten der Altersvorsorge.jpg  
140101\_OP\_Auf Kosten der Altersvorsorge 2.rtd  
140106\_OP\_Vertrauen mit Füßen getreten.jpg

Weitere siehe:

[www.altersdiskriminierung.de](http://www.altersdiskriminierung.de)

[www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2013/02/sparen-fuer-den-chef/](http://www.kontextwochenzeitung.de/newsartikel/2013/02/sparen-fuer-den-chef/)

„Rente ist nicht sicher. Das hat inzwischen sogar Arbeitsministerin Ursula von der Leyen erkannt. **Eine bisher wenig beachtete Mogelpackung ist die sogenannte Betriebsrente, die vor allem eins ist: ein Skandal.**“